

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration			22. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 15.02.2018	Sitzungsbeginn: 15:15 Uhr	Sitzungsende: 16:20 Uhr	Sitzungsort: Domkapitelhaus der Bremischen Evangelischen Kirche, Domsheide 8, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Görgü-Philipp (stv. Sprecherin der Deputation)			

Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) eröffnet die Sitzung und wünscht allen Anwesenden ein gesundes neues Jahr. Sie entschuldigt den Sprecher der Deputation und bittet angesichts der vollen Tagesordnung darum, Wiederholungen möglichst zu vermeiden.

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 14.12.2017
2. Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen  
(Vorlage Nr. 97/19)
3. Ehrenamtskarte besonders für junge Menschen attraktiver machen!  
(Antrag der Fraktion der CDU vom 05.09.2017)  
(Vorlage Nr. 98/19)
4. Beratungsangebote für Opfer sexueller Gewalt angemessen ausstatten  
(Antrag der Fraktion der CDU vom 24.01.2017, Drs. 19/916)  
(Vorlage Nr. 99/19)
5. Kostenerstattungserfahren gem. § 89 d SGB VIII für die Bestandfälle für die vor dem 01.11.2015 eingereisten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge -Langer Bericht-  
(Vorlage Nr. 104/19)
6. Bundesstiftung Frühe Hilfen  
Ablösung der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ nach § 3 Absatz 4 KKG durch die „Bundesstiftung Frühe Hilfen“  
(Vorlage Nr. 100/19)
7. Umsetzung des Budgets für Arbeit ab 01.01.2018  
(Vorlage Nr. 103/19)
8. Verschiedenes
  - a) Schutzwohnungen für Frauen, die Gewalt erlebt haben  
(Berichtsbitte von Frau Görgü-Philipp (Bds.90/Die Gr.) vom 29.11.17)  
(Vorlage Nr. 101/19)
  - b) Bericht zur Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung – EUTB  
(Mündlicher Bericht)

- c) Beschlüsse zum Bereich Sozialrecht, Rehabilitation und Integration behinderter Menschen der 94. Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder am 06./07.12.2017 in Potsdam  
(Vorlage Nr. 102/19)

### **Nicht öffentlicher Teil**

9. Zuwendungsbericht 2016  
(Vorlage Nr. 96/19 in der Sitzung am 14.12.2017 ausgesetzt) -liegt bereits vor-

### **TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 14.12.2017**

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet darum, dass die Berichtsbitten in Zukunft wieder separat aufgelistet werden. Herr Dr. Lukaßen sagt dies zu.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 14.12.2017.

Die Verwaltung verweist auf die ausgelegten Tischvorlagen:

- ein aktuelles Organigramm von SJFIS z.K., dieses ist auch auf der Homepage hinterlegt und wird regelmäßig aktualisiert.
- eine Austauschseite zur Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation „Änderung der Verwaltungsanweisung Bedarfe für Unterkunft und Heizung und zur Sicherung der Unterkunft (SGB II, SGB XII und AsylbLG, soweit es um Wohnraum außerhalb der ZAst und der Gemeinschaftsunterkünfte geht)“ – versehentlich sind in der Vorlage zwei Sätze rausgefallen, diese sind auf der Austauschseite gelb markiert
- die Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation „Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen“ – versehentlich wurde bei der verschickten Vorlage jede 2. Seite nicht mitgedruckt
- die Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation „Berichtsbite zum Thema „Ablauf und Organisation von Hilfeplanverfahren beim Jugendamt der Stadtgemeinde Bremen““, die per E-Mail nachversandt wurde.

Die Verwaltung berichtet, dass der Versand der Unterlagen für die Deputationssitzungen in Zukunft 10 Tage vor der Sitzung erfolgen wird. Ein eventuell notwendiger Nachversand soll 7 Tage vor der Sitzung erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass ausreichend Zeit zum Lesen der Vorlagen für die Deputierten zur Verfügung steht. Die geänderten Fristen können dazu führen, dass Berichtsbitten erst in der übernächsten Deputation beantwortet werden können. Er bittet dafür um Verständnis.

### **TOP 2: Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen** (Vorlage Nr. 97/19)

Frau Görgü-Philipp begrüßt Herrn Linke vom Rat&Tat-Zentrum.

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein und bedankt sich beim Rat&Tat-Zentrum für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren.

Im Bericht werden die Ehe für alle und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare benannt. Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet darum, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass Menschen, die sich gegen entsprechende Änderungen eingesetzt haben, diskriminierend oder homophob seien.

Rückfragen von Herrn Tuncel (Fraktion DIE LINKE), von Frau Yildiz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Bredehorst (Fraktion der SPD) beantwortet Herr Linke.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen zur Kenntnis.

### **TOP 3: Ehrenamtskarte besonders für junge Menschen attraktiver machen! (Antrag der Fraktion der CDU vom 05.09.2017) (Vorlage Nr. 98/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein.

Rückfragen von Frau Grönert (Fraktion der CDU) und von Herrn Schröter (sozial erfahrene Dritte) werden von der Verwaltung beantwortet.

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt im Anschluss einstimmig folgenden Beschluss.

### **Beschluss**

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die folgenden Maßnahmen umzusetzen:
  - a) Die für den Erhalt der Ehrenamtskarte zuvor nachzuweisende Dauer der Tätigkeit soll von drei auf möglichst ein Jahr reduziert werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten, die Verhandlungen mit Niedersachsen fortzusetzen und der Deputation für Soziales, Jugend und Integration zu gegebener Zeit über das Ergebnis zu berichten.
  - b) Das Informationsangebot für die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen soll erhöht werden, indem der geplante Informationsflyer zu Ehrenamtskarte und Juleica über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und in direkter Ansprache der Träger der Jugendarbeit wie auch über die Senatorin für Kinder und Bildung an die Schulen verbreitet wird.
  - c) Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport soll sich weiter für die Ergänzung von Vergünstigungsangeboten für Ehrenamtskarteninhaberinnen und -inhaber einsetzen.

### **TOP 4: Beratungsangebote für Opfer sexueller Gewalt angemessen ausstatten (Antrag der Fraktion der CDU vom 24.01.2017, Drs. 19/916) (Vorlage Nr. 99/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in den Tagesordnungspunkt ein. Ein Beitritt zum Fonds „Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ wird von Bremen weiterhin abgelehnt. Statt einer Fondslösung werde es weiterhin für wichtig erachtet, das Opferentschädigungsgesetz zu reformieren.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) weist darauf hin, dass die CDU gefordert habe, beiden Fonds beizutreten. Vor dem Hintergrund, dass ein weiterer Antrag angekündigt sei, fragt sie nach, ob Anträge auch nach Ende der Antragsfrist in 2018 noch bearbeitet werden. Frau Senatorin Stahmann sagt zu, eine Antwort nachzuliefern. (Anm.: Die Antragsfrist wurde in Bremen um zwei Jahre bis Ende 2019 verlängert.)

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zum Antrag der Fraktion der CDU vom 24.01.2017 „Beratungsangebote für Opfer sexueller Gewalt angemessen ausstatten“ zur Kenntnis.

### **TOP 5: Kostenerstattungserfahren gem. § 89 d SGB VIII für die Bestandfälle für die vor dem 01.11.2015 eingereisten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge - Langer Bericht- (Vorlage Nr. 104/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein. Es ist in hohem Umfang gelungen, innerhalb der Frist unsere Forderungen geltend zu machen. Sie bedankt sich dafür bei der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Frau Grönert (Fraktion der CDU) sagt Frau Senatorin Stahmann eine erneute Information der Deputation zu, wenn alle Kostenerstattungsverfahren abgeschlossen sind.

Weitere Nachfragen von Frau Grönert und Frau Ahrens (beide Fraktion der CDU) werden von der Verwaltung beantwortet.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher – Abschlussbericht zur Kostenerstattung nach § 89d SGB VIII – zur Kenntnis.

### **TOP 6: Bundesstiftung Frühe Hilfen Ablösung der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ nach § 3 Absatz 4 KKG durch die „Bundesstiftung Frühe Hilfen“**

Die stellvertretende Sprecherin der Deputation weist darauf hin, dass dieser Punkt bereits ausführlich im Jugendhilfeausschuss beraten wurde.

Es folgen Wortbeiträge von Frau Ahrens (Fraktion der CDU) und Herrn Tuncel (Fraktion DIE LINKE).

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt die Punkte 2 bis 5 des nachfolgenden Beschlusses einstimmig.

### **Beschluss**

1. Die staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Konstituierung der Bundesstiftung Frühe Hilfen sowie die Verstetigung der Fördermittel des Bundes und die Neufassung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern einschließlich der Leistungsleitlinien zur Kenntnis.
2. Sie nimmt den Entwurf der Förderrichtlinien des Landes zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

3. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um Vorlage des aktualisierten Verteilerschlüssels zwischen Bund und Ländern sowie zur landesinternen Verteilung nach Maßgabe noch zu treffender Grundsatzentscheidungen auf Bund- Länder Ebene.
4. Sie nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Förderschwerpunkte 2017 und die Planung 2018 zur Kenntnis.
5. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um weitere Berichterstattung bei der Fortschreibung des Landesrahmenkonzeptes.

**TOP 7: Umsetzung des Budgets für Arbeit ab 01.01.2018**  
**(Vorlage Nr. 103/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein und erläutert, dass das bisherige gute Modellprojekt „Budget für Arbeit“ nach Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes in eine Regelleistung überführt werde. Sie würde es begrüßen, wenn der Haushaltsgesetzgeber einen höheren Zuschuss ermöglichen würde.

Herr Staatsrat Fries erläutert, dass die Länder eine landesrechtliche Abweichungsmöglichkeit beim Lohnkostenzuschuss haben. Eine Bewertung, ob diese genutzt werden soll, werde im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Landesumsetzungsgesetzes erfolgen. Bis dahin wird die bisherige Regelung fortgeführt, um die Betroffenen nicht schlechter zu stellen.

Es folgen Wortbeiträge von Herr Erlansson (Fraktion DIE LINKE), Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herrn Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP).

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Umsetzung des „Budget für Arbeit“ nach Maßgabe der in der Anlage beigefügten Rahmenrichtlinie gemäß beigefügtem Senatsbeschluss vom 23.01.2018 zu.

**TOP 8: Verschiedenes**

- a) **Schutzwohnungen für Frauen, die Gewalt erlebt haben**  
**(Berichtsbitte von Frau Görgü-Philipp (Bds.90/Die Gr.) vom 29.11.17)**  
**(Vorlage Nr. 101/19)**

Eine Frage von Frau Grönert (Fraktion der CDU) beantwortet die Verwaltung.

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- b) **Bericht zur Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung – EUTB**  
**(Mündlicher Bericht)**

Herr Priesmeier berichtet für die Verwaltung, dass es durch das Bundesteilhabegesetz eine „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ mit der Ausstattung zusätzlicher Mittel durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gibt. Im Kern ist das Ziel, durch ein ergänzendes, allein dem Ratsuchenden gegenüber verpflichtetes, niedrighwelliges und von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängiges Beratungsangebot zur Stärkung von Menschen mit Behinderung und deren Selbstbestimmung zu schaffen. Dabei

ist ein wichtiges Anliegen, die Beratungsmethode des „Peer Counseling“ auszubauen. Es sollen soweit wie möglich Selbstbetroffene als Berater\*innen tätig werden. Der Bund stellt hierfür Mittel zur Verfügung, die zunächst zeitlich befristet über drei Jahre (2018 bis 2020) auf Antrag bewilligt werden können. Auf das Land Bremen entfallen 960.000 Euro, also pro Jahr 320.000 Euro.

Die Durchführung der Antragsbearbeitung hat das BMAS an ein Unternehmen abgegeben. Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) hat das Antragsverfahren durchgeführt. Die Antragstellenden konnten ihre Anträge samt Unterlagen ausschließlich in einem online-Verfahren abgeben. Das Verfahren war für kleine Vereine und Verbände außerordentlich komplex und kompliziert. Die kleinen Vereine und Verbände haben keine „Projekt-Manager“.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat nach Veröffentlichung der Richtlinie durch das BMAS in Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten und den vorhandenen unabhängigen Behinderten-Beratungsstellen sowie weiteren Vereinen und Verbänden Informationsveranstaltungen durchgeführt und es ist gelungen, im Land ein „Mosaik“ für die gesamten Mittel zu entwickeln. Die von den verschiedenen Vereinen und Verbänden gestellten Anträge waren von vornherein aufeinander abgestimmt und standen nicht in Konkurrenz um die zu vergebenden Mittel. Vorab wurde sich hierzu in einem offenen Verfahren ausgetauscht, welche Fördersumme der jeweilige Verein/Verband beantragt.

Die Bundesländer hatten die Aufgabe, die eingegangenen Anträge, die nach Sichtung durch die gsub die formalen Kriterien erfüllten, zu bewerten. Insgesamt sind 8 Anträge zur Bewertung nach Bremen zurückgeleitet worden. Bei den sieben Anträgen des „Mosaik“ wurde eine Förderung empfohlen. Damit waren die zur Verfügung stehenden Mittel für das Land Bremen ausgeschöpft. Der achte Antrag wurde daher mit „Förderung empfohlen, falls ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen“ bewertet.

In einem Fall ist die Förderung trotz der positiven Stellungnahme des Landes nicht bewilligt worden. Drei weitere Anträge wurden nicht in der beantragten Höhe bewilligt.

Von den 960.000 €, die dem Land Bremen zustehen, wurden annähernd 10 % (93.000 €) einbehalten, also nicht entsprechend den Anträgen bewilligt. Durch die zeitlich knappe Bescheiderteilung Ende Dezember konnte eine termingerechte Umsetzung nicht immer erfolgen, weil das geplante Personal nicht rechtzeitig eingeworben werden konnte beziehungsweise eingestellt werden konnte.

- c) **Beschlüsse zum Bereich Sozialrecht, Rehabilitation und Integration behinderter Menschen der 94. Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder am 06./07.12.2017 in Potsdam (Vorlage Nr. 102/19)**

Zu den Beschlüssen der 94. ASMK gab es keine Anmerkungen.

### Nicht öffentlicher Teil

#### **TOP 9: Zuwendungsbericht 2016 (Vorlage Nr. 96/19)**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt gegen die Stimmen der CDU folgenden Beschluss:

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt dem das Ressort betreffenden Teil des Zuwendungsberichts 2016 zu.

\_\_\_\_\_  
Stellv. Sprecherin

\_\_\_\_\_  
Protokollführerin

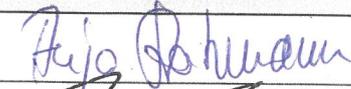
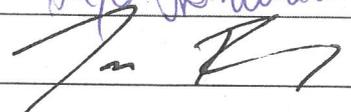
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

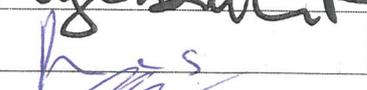
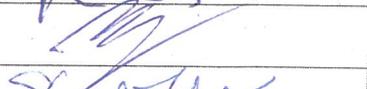
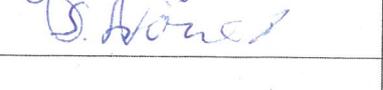
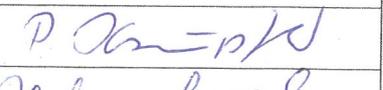
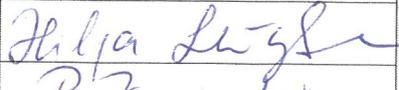
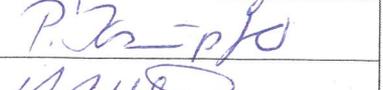
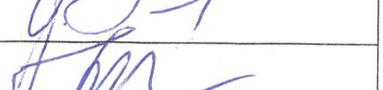
Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 15.02.2018	Sitzungsort: Domkapitelhaus der Bremischen Evangelischen Kirche, Domsheide 8, 28195 Bremen
---	------------------------	--

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:12      Ende der staatlichen Sitzung: 16:20  
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:35      Ende der städtischen Sitzung: 18:20

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Bredehorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Buhler, Magnus (MdBB) FDP	X	X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Land - B'90/Die Grünen	X		
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Markmann-Breuer, Sabine (Dep.) SPD <i>von Petra Krümpfer</i>	X		
Möhle, Klaus (MdBB) SPD <i>-Sprecher Vertretung Ali Seyrek</i>	X	X	
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
Yildiz, Kebire (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Stadt - B'90/Die Grünen	X	X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 15.02.2018	Sitzungsort: Domkapitelhaus der Bremischen Evangelischen Kirche, Domsheide 8, 28195 Bremen
---	------------------------	--

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lullaf-	D. Nojs
Felix Priesmeier	Janka Franz
Thomas Plügowky	Tuch West
Sascha Wack	Bubbe Helber
Ulrike Fritsche	Angelika Deventer
Axel Töth	
Boris Schmid	
Wilfried Kuhn	
Oliver Lind	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Christian Linker	Red & Tat-Zentrum für gutes Leben e.V.
Friederike Wenner	CSD Bremen e.V.
Mark Jungblaus	
Bertold Reitz	Innere Mission/DW
Inge Gräfe Heigl	Soz. od. Dritte, des Paritätische
Jens e. Schröder	" "
Cornelius Peters	Caritasverb. d. Bremen
Wolfgang Luz	Paritätische Wohlfahrtsverband
Susanne Dendland	AdBB parteilos

